

## April 2021

---

### ➤ **Volkswirtschaft: Optimistische Unternehmen, staatliche Investitionen**

Trotz dritter Corona-Welle macht sich in den führenden Wirtschaftsregionen aktuell Konjunkturoptimismus breit. Das geplante Infrastrukturprogramm in den USA könnte das Wachstum nachhaltig stärken.

### ➤ **Renten: Begrenzter Renditeanstieg**

US-Staatsanleihen werden für globale Investoren aktuell interessanter – die EZB hält mit zusätzlichen Käufen von Euro-Papieren gegen. Die Risikoaufschläge für Unternehmensanleihen sind gesunken.

### ➤ **Aktien: Von Engpässen und Gelegenheiten**

Produktions- und Lieferketten sind gerade in Zeiten der Pandemie eine Achillesferse der arbeitsteiligen Weltwirtschaft. Die Dekarbonisierung könnte Anlegern langfristig interessante Perspektiven bieten.

### ➤ **Rohstoffe: Klimavorgaben und fossile Brennstoffe**

Eisenerznotierungen dürften mittelfristig unter Druck geraten, wenn, wie absehbar, die Stahlerzeugung gedrosselt wird. Die Ölpreise könnten von der Konjunkturerholung, Gold von Inflationssorgen profitieren.

### ➤ **Liquidität: Die Währungshüter halten Kurs**

Die Notenbanken in den USA und in der Eurozone vermeiden aktuell jeden Eindruck, sie könnten angesichts verbesserter Konjunkturaussichten ihre Geldpolitik vorzeitig straffen.

### ➤ **Immobilien: Delle, aber keine massive Korrektur**

Wohnimmobilien in Deutschland sind inzwischen hoch bewertet, eine Blase ist aktuell aber nicht wahrscheinlich. Investoren sehen sich einem steigenden Angebot und Marktregulierungen gegenüber.

## Volkswirtschaft: Optimistische Unternehmen, staatliche Investitionen

Die dritte Welle der Corona-Pandemie mit der ansteckenderen und aggressiveren britischen Mutante B.1.1.7 hat nun auch Kontinentaleuropa fest im Griff. Die Inzidenzen steigen, Alltagseinschränkungen und Lockdowns greifen erneut um sich. Umso überraschender ist es, dass der Einkaufsmanagerindex (PMI) für das Verarbeitende Gewerbe im Euroraum im März ein Rekordhoch markiert hat. Das wichtige Stimmungsbarometer kletterte von 57,9 auf 62,4 Punkte – Volkswirte hatten im Vorfeld der Veröffentlichung einen leichten Rückgang prognostiziert. Damit signalisiert der europäische Index erstmals seit Anfang 2020 wieder ein stärkeres Wachstum des Sektors als in den USA. Werte über 50 deuten auf eine Expansion der wirtschaftlichen Tätigkeit hin. Die USA stimulieren in die Erholung, China arbeitet an den Kapazitätsgrenzen und Europas Wirtschaft sollte im Sommer aufholen. Denn die vom Lockdown geplagten Volkswirtschaften Europas haben erhebliches Nachholpotenzial, insbesondere im Service-Sektor. 75 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung (BIP) gehen auf Dienstleistungen zurück, Reisen & Tourismus stehen für 9,1 Prozent des BIP und knapp zehn Prozent der Jobs.

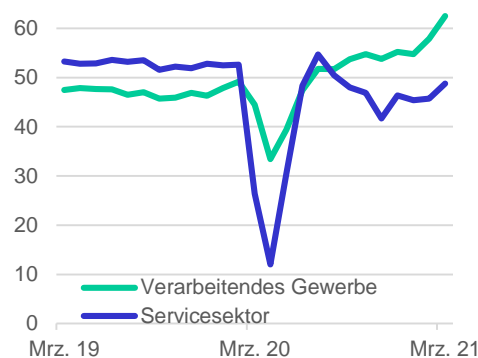
**Neues Infrastrukturpaket in den USA könnte im Herbst starten.** In den USA arbeitet die Regierung unter Präsident Joe Biden mit Hochdruck an einem Infrastrukturinvestitionsprogramm. Im Wahlkampf hatte Joe Biden hierfür ein Volumen von 2 Billionen US-Dollar ins Spiel gebracht. Ein erheblicher Teil der Mittel soll in die Verkehrsinfrastruktur fließen, weitere geplante Ausgabenblöcke sind der Ausbau der grünen Energie sowie Investitionen in das Breitbandnetz und die öffentlichen Schulen.

Den ersten Aufschlag im Repräsentantenhaus dürfte der US-Präsident im April machen. Nach Bidens Plänen soll mit Unterstützung der meisten demokratischen Abgeordneten eine Teilfinanzierung des Gesetzespakets über Steuererhöhungen erreicht werden. Der Entwurf umfasst unter anderem eine Mindestbesteuerung der Gewinne ausländischer US-Tochtergesellschaften (GILTI) mit 21% sowie eine Erhöhung der Unternehmensteuer von 21% auf 28%.

Trotz Kongressmehrheit wird der Regierung aber kein Durchmarsch gelingen. Steuererhöhungen stoßen nicht nur bei Republikanern, sondern auch bei demokratischen Abgeordneten und Senatoren auf Widerstand. Am Ende könnte ein Kompromiss stehen, der nur etwa die Hälfte der ursprünglich angestrebten Steuermehreinnahmen in Höhe von 1 Billion US-Dollar vorsieht.

### Einkaufsmanagerindizes in der Eurozone im Zeitverlauf

(Angaben in Saldenpunkten)



Quelle: Bloomberg L.P.; Stand: 30.03.2021

Wegen der zu erwartenden schwierigen politischen Verhandlungen dürfte das Infrastrukturpaket frühestens im Herbst in Kraft treten. **Negativer Fiskalimpuls erwartet.** Die Vorbereitung und Umsetzung von Infrastrukturinvestitionen nimmt in der Regel viel Zeit in Anspruch. Die geplanten Ausgaben sind über einen Zeitraum von acht Jahren verteilt. Anders als beim jüngsten Corona-Hilfspaket, das ein vergleichbares Volumen aufweist, sind deshalb kurzfristig kaum Konjunkturreffekte zu erwarten, die zudem noch von möglichen Steuererhöhungen konterkariert werden. Deshalb erwartet die Postbank für die US-Wirtschaft einen negativen fiskalischen Impuls, wenn die Corona-Hilfen auslaufen. Der könnte nach einem Plus von 8% im vergangenen Jahr 2020 bei -6% liegen. Da die Wirtschaft der USA nach Einschätzung der Notenbank Federal Reserve aber so stark wachsen könnte wie zuletzt in den 1970er-Jahren, sollte das kein Problem darstellen. Im Gegenteil: Das Risiko einer Konjunkturüberhitzung sinkt.

Unabhängig davon dürften vom geplanten Infrastrukturpaket auf lange Sicht erhebliche positive Wirkungen für die US-Wirtschaft ausgehen. Die staatlichen Investitionen könnten in den kommenden Jahren im Vergleich zu 2020 um rund ein Drittel steigen. Ein Gesamtvolumen von 2 Billionen US-Dollar entspricht etwa einem Drittel des geschätzten Wertes der staatlichen Infrastruktur in den USA. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität dürfte durch eine Erneuerung der teilweise maroden Infrastruktur merklich steigen. Dementsprechend könnte auch das Wachstum in den USA auf lange Sicht profitieren.

## Renten: Begrenzter Renditeanstieg

Die Europäische Zentralbank hat im März auf den Renditeanstieg europäischer Staatsanleihen reagiert. Die Währungshüter kündigten an, dass die Käufe im Rahmen des Pandemie-Anleihekaufprogramms (PEPP) im 2. Quartal in einem „signifikant höheren Umfang als in den ersten Monaten dieses Jahres durchgeführt werden.“ Nach Einschätzung der Postbank könnte das Nettokaufvolumen nun auf durchschnittlich 20 Milliarden Euro pro Woche bis zum Ende des 2. Quartals 2021 steigen.

**US-Anleihen mit deutlichem Renditevorteil.** Die Aktivitäten der EZB dürften einen weiteren Anstieg der Renditen von Staatsanleihen aus der Eurozone bremsen. Ein gewisser Druck kommt allerdings aus den USA. Dort sind die Renditen der US-Staatsanleihen seit Jahresbeginn stärker gestiegen. Aktuell bieten Papiere mit 10 Jahren Laufzeit gegenüber deutschen Bundesanleihen einen Renditeaufschlag von knapp 2%-Punkten – Anfang Januar waren es noch 50 Basispunkte weniger. Selbst nach Absicherung der Währungsrisiken ist die laufende Verzinsung von US-Dollar-Anleihen deutlich höher. Für Anleger aus dem Euroraum beträgt der währungs-gesicherte Renditevorteil bei 10-jährigen Staatsanleihen aktuell fast 1%-Punkt – der höchste Wert seit 2016. US-Staatsanleihen konnten auch den Renditeabstand auf chinesische Titel verringern und werden für globale Investoren damit immer interessanter. **EZB-Krisenprogramm mit geringen Auswirkungen auf Unternehmensanleihen.** Im Segment der Unternehmensanleihen ist die Gemengelage eine andere. Die direkten Auswirkungen umfangreicherer PEPP-Käufe der EZB dürften, wenn überhaupt, gering ausfallen. Denn obwohl das Krisenprogramm völlig flexibel in allen Anleiheklassen genutzt werden kann, entfällt aktuell nur rund 1% der Käufe auf Unternehmenspapiere mit guter oder sehr guter Bonität (Investment Grade, IG). Daran dürfte sich nach Einschätzung der Postbank auch nichts ändern. Zwar werden die EUR-IG-Renditen durch das steigende Zinsniveau ebenfalls nach oben getrieben, die Risikoaufschläge von Unternehmensanleihen sind seit Jahresbeginn aber wie in den USA zurückgegangen. Die relative Ruhe auf dem EUR-Unternehmensanleihemarkt erzwingt damit kein Handeln der Währungshüter.

### Laufende Verzinsung ausgewählter 10-j. Staatsanleihen (Angabe in Prozent)



Quelle: Bloomberg L.P.; Stand: 06.04.2021

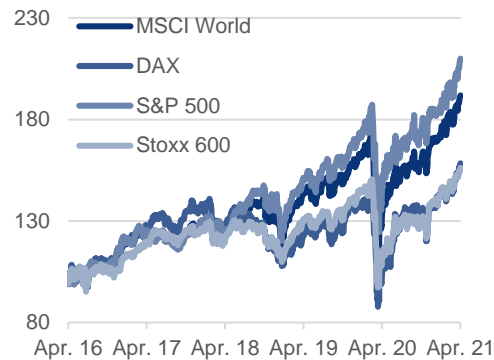
**Renditen von US-Unternehmensanleihen legen zu.** Die Renditen von US-Unternehmensanleihen mit Investment-Grade-Rating sind seit Dezember 2020 um rund 0,5%-Punkte auf aktuell 2,2% gestiegen. Zwar haben die Unternehmen das vergleichsweise günstige Zinsumfeld genutzt, um ihre Finanzierungslaufzeiten auszudehnen und liquide Mittel von insgesamt knapp 4 Billionen US-Dollar anzuhäufen. Sollten Anleiherenditen und Risikoaufschläge zukünftig aber weiter steigen, dürften sich diese höheren Kapitalkosten mit einer zeitlichen Verzögerung auch in den Bilanzen der Unternehmen bemerkbar machen. Denn für Unternehmen mit hoher Verschuldungsquote, schwachem Rating, ungünstiger Fälligkeitsstruktur und niedrigem Zinsdeckungsgrad wirkt sich ein Zinsanstieg nachteilig aus. Investoren sollten dies bei ihrer Aktienwahl unbedingt berücksichtigen. Denn die Qualität der Bilanz hat Auswirkungen auf die Gläubiger, aber auch auf die Eigentümer.

## Aktien: Von Engpässen und Gelegenheiten

Besonders anfällig bleiben Produktions- und Lieferketten, wie das Beispiel Halbleiter zeigt. So begrenzen pandemiebedingte Engpässe zusätzlich die ohnehin durch Embargos, Zölle und Investitionsrestriktionen eingeschränkte Verfügbarkeit der Chips. Das wird besonders dort, wo die Digitalisierung Fahrt aufnimmt und die Nachfrage steigt, zum Problem. Betroffen sind das IT-nahe Cloud Computing, aber auch die Automobil und Maschinenbaubranche. **Halbleiter: Knappes Angebot und hohe Nachfrage hat industriepolitische Konsequenzen.** Der dynamische Trend, dass Unternehmen mit ihrer IT-Infrastruktur in die „Wolke“ umziehen, führt zu einer steigenden Halbleiternachfrage in den Rechenzentren der USA und in China. Nach Schätzungen der Postbank könnte der Bedarf im 1. Halbjahr 2021 zwar noch mit Lagerbeständen gedeckt werden. Danach aber droht ein Chipmangel, der die Umzugs-geschwindigkeit in die Cloud abbremsen dürfte. Das knappe Angebot, das bis ins 3. Quartal bestehen bleiben könnte, hat bei den Auto- und Maschinenbauern bereits die Jahresplanung über den Haufen geworfen. GM, VW, Ford, Toyota, Stellantis und Volvo klagen über Engpässe und Produktionsunterbrechungen in ihren europäischen und nordamerikanischen Werken. US-Landmaschinen-, Baumaschinen- und Generatorenhersteller sind ebenfalls betroffen. Dabei geht es nicht nur um das Volumen, sondern auch um die Frage, wie grün das Infrastrukturpaket am Ende wird. Der Ausbau der Offshore-Windenergie soll beispielsweise gefördert werden und bis 2030 eine Produktion von 30 Gigawatt aufweisen. Derzeit wird in den USA gerade einmal 50 Megawatt durch einen einzigen Offshore-Windpark erzeugt.

Nicht nur Joe Bidens Wahlprogramm, sondern auch der Green Deal der EU und Chinas Ankündigung, die Dekarbonisierung haben 2020 nach den Corona-Turbulenzen an den weltweiten Börsen eine Rally auf grüne Aktien ausgelöst. Der marktweite S&P Global Clean Energy Index legte in nur knapp 10 Monaten um 260 Prozent zu. **Erneuerbare Energien unter Druck – Perspektive bleibt jedoch positiv.** Inzwischen hat eine Konsolidierung in dem Sektor eingesetzt. Steigende US-Realzinsen belasten seit Mitte Februar insbesondere die wachstumsstarken Technologie Aktien mit hohem Kapitalbedarf. Dazu zählen letztlich auch die Renewables Titel. Der S&P Global Clean Energy Index ist seit seinem Jahreshoch um knapp 30% eingebrochen.

Entwicklung ausgewählter Leitindizes in Euro  
(Angaben indiziert: 06.04.2016 = 100)



Quelle: Datastream; Stand: 06.04.2021

Die steigenden Kapitalkosten und die daraus resultierende Anpassung der Kursziele nach unten, ändert aber nichts an der grundsätzlich positiven Einschätzung für Erneuerbare Energien.

In den meisten Kursen ist nach Analyse der Postbank jetzt lediglich ein moderates Wachstum eingepreist, das aber deutlich stärker ausfallen dürfte. Regulierung und Gesetzgebung, die den Ausbau und die Verwendung von Erneuerbaren Energien fördern werden, scheinen bisher noch nicht vollständig berücksichtigt zu sein. Für Anleger, die vor einem Jahr den Zug verpasst haben, könnte sich nun eine Gelegenheit bieten, aufspringen.

## Rohstoffe: Klimavorgaben und fossile Brennstoffe

Eine Reihe von Rohstoffen profitiert vom Trend zur Dekarbonisierung – Eisenerz gehört nicht dazu. Das Gemenge ist zentraler Bestandteil der Stahlerzeugung, die eine hohe Belastung für die Umwelt darstellt. So ergaben Berechnungen, dass jede 2018 produzierte Tonne Stahl einen Kohlendioxidausstoß von durchschnittlich 1,85 Tonnen bewirkt hat. Insgesamt war die Stahlproduktion für rund 8% der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.

**Druck auf Eisenerzpreise wächst.** Um selbst-gesteckte Klimavorgaben zu erreichen, gerät zunehmend die Stahlproduktion ins Visier. So hat China, weltweit größter Produzent, das Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2060 ausgegeben. Erste Folgen zeichnen sich bereits ab. Die lokale Regierung in Tangshan hat angekündigt, den klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Stahlwerke der Stadt 2021 um 40% gegenüber dem Vorjahr zu senken. Dafür wurde die Auslastung der Hochöfen auf zuletzt 54% gesenkt. Das entspricht einer Drosselung der chinesischen Stahlproduktion um 5%. Strengere Umweltvorgaben könnten auch den Einsatz von Lichtbogenöfen (EAF) zur Stahlerzeugung fördern. EAFs nutzen Stahlschrott zur Produktion und sind „grüner“ als Hochöfen. Die Eisenerzpreise dürften aber wohl erst ab Sommer unter Druck geraten. Die Stärke des Bausektors und höhere Margen der Stahlwerke sollten die Nachfrage im 2. Quartal stützen.

**Kräftiger Anstieg der Rohölnotierungen.** Die OPEC und ihre 10 Kooperationspartner (OPEC+) hielten sich zuletzt diszipliniert an gefasste Beschlüsse und überraschen den Markt weiterhin positiv – für April belässt das Öl-Kartell die Förderquoten unverändert. Analysten hatten mit einer Produktionsausweitung um 1,5 Millionen Barrel (1 Fass = 159 Liter) pro Tag gerechnet. Außerdem erwägt Saudi Arabien die Förderung nach der freiwilligen Produktionskürzung von 1 Million Barrel pro Tag nur langsam zu erhöhen. Außerdem profitiert das Kartell von der Zurückhaltung der US-Schieferölproduzenten. Die OPEC+ muss sich bei ihrem Plan, den Markt so schnell wie möglich wieder ins Gleichgewicht zu bringen, aktuell nicht um Wettbewerb und Marktanteile sorgen.

### WTI-Ölpreisentwicklung

(Angabe in USD je Barrel)



Quelle: Bloomberg L.P.; Stand: 30.03.2021

Seit Jahresbeginn sind die Rohölpreise um knapp 25% gestiegen – trotz einer Korrektur aufgrund schwacher Nachfrage aus Europa. Die US-Lagerbestände sind im selben Zeitraum um mehr als 55% gesunken. Gleichzeitig liegt die Zahl der aktiven Bohrlöcher noch rund 30% unter dem Niveau, das bei der OPEC eine Produktionsanpassung erfordern würde. Die Eindämmung der Pandemie könnte die Ölnachfrage stützen. Die Postbank erwartet ein tägliches Angebotsdefizit von 1,7 Millionen Barrel – und erwartet mittelfristig steigende Notierungen.

## Liquidität: Die Währungshüter halten Kurs

Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) setzt trotz guter Konjunkturaussichten für die USA ihre lockere Geldpolitik fort. So werde das Volumen der monatlichen Wertpapierkäufe in Höhe von 120 Milliarden US-Dollar so lange nicht angetastet, bis substantielle Fortschritte am Arbeitsmarkt und bei der Preisstabilität erreicht seien. Fed-Chef Jerome Powell stellte klar, dass er sich nicht von Projektionen leiten lassen wolle. Die Deutlichkeit, mit der er den Kurs kommunizierte, überraschte insofern, als die US-Wirtschaft 2021 mit 6,5% wachsen könnte – so stark wie zuletzt in den 1970er-Jahren. Der oberste US-Währungshüter wollte offenbar die Anleger beruhigen, die eine Zinswende der Fed befürchteten. **Höheres Volumen.** Die Europäische Zentralbank (EZB) reagierte zuletzt auf die aus ihrer Sicht nicht gewollte Verschärfung der Finanzierungsbedingungen in der Eurozone. Zwar tastete auch die EZB die Leitzinssätze nicht an, überraschte aber mit der Aussicht, dass „die Käufe im Rahmen des Pandemie-Anleihekäufe (PEPP) in einem deutlich höheren Umfang als in den ersten Monaten dieses Jahres durchgeführt werden“. Zwar ließ die EZB das Gesamtvolumen ihres Krisenprogramms unverändert, allerdings haben die Währungshüter der Eurozone mit Käufen im Wert von 870 Milliarden Euro auch erst rund die Hälfte des PEPP-Volumens von insgesamt 1,85 Billionen Euro genutzt. Der EZB bleibt also noch genügend Spielraum, um ihre Anleihekäufe auszudehnen.

## Immobilien: Delle, aber keine massive Korrektur

Wohnraum in Deutschland bleibt vorerst teuer – auch in der Corona-Krise hat sich der Preisanstieg bei den Immobilien kaum abgeschwächt. Trotz eines Rückgangs der Nettozuwanderung vergangenes Jahr um 170.000 auf 230.000 Menschen bleibt aktuell die Nachfrage größer als das Angebot. Die Fertigstellungen hinken dem Bedarf um einige Jahre hinterher. In der Dekade seit der Großen Finanzkrise haben die Hauspreise hierzulande durchschnittlich um rund 90 Prozent zugelegt – und sind damit auch im internationalen Vergleich hoch bewertet. München liegt inzwischen auf Platz drei der teuersten Städte Europas – Metropolen wie Frankfurt, Hamburg, Köln und Berlin rangieren im oberen Drittel der Tabelle. Weil auch die Einkommen deutlich gestiegen sind und die Hypothekenzinsen auf einem historisch niedrigen Niveau liegen, können sich viele Haushalte Wohnimmobilien trotzdem noch leisten. Allerdings liegt laut OECD in Deutschland das Verhältnis von Hauspreisen zu Einkommen (Erschwinglichkeitsindex) mittlerweile oberhalb des langfristigen Durchschnitts. Hält der Boom am Immobilienmarkt unvermindert an, könnte das Preisniveau bald ein kritisches Niveau erreichen. Die Postbank hat in einer Studie 126 Städte analysiert. Demnach spricht einiges dafür, dass bis 2023 die Angebotsknappheit trotz wachsender Nachfrage beseitigt wird – in kleineren Städten früher, in Metropolregionen später. **Weitere Marktregulierungen könnten Mietrendite drücken.** Immobilieninvestoren müssen außerdem mit weiteren Marktregulierungen rechnen, die den Mietpreisanstieg weiter bremsen könnten. Zuletzt ist die Mietrendite um durchschnittlich 13 Basispunkte pro Jahr gesunken. Hält der Trend an, könnte nach Einschätzung der Postbank die Risikoprämie gegenüber Bundesanleihen bis 2025 soweit sinken, dass Wohnimmobilien für Investoren vorübergehend kaum noch interessant sind. **Keine Immobilienblase in Sicht.** Eine massive und nachhaltige Abwärtskorrektur ist nicht zu erwarten. Nach Abflauen der Pandemie dürfte die Nettozuwanderung wieder steigen. Bis 2030 könnte die Bevölkerung in Deutschland auf rund 84 Millionen anwachsen. Zudem erwartet das Statistische Bundesamt bis 2033 einen Anstieg der Singlehaushalte um 5%. Das erhöht den Bedarf an zusätzlichen Wohnungen. Trotz der langen Aufschwungsphase droht bislang keine systemrelevante Immobilienblase.

## Kapital- & Finanzmarktprognosen

### BIP Wachstum in %

	2020	2021	2022
Welt	-3,4	5,3	4,4
USA	-3,5	5,0	3,8
Euroland	-7,4	3,5	4,5
Deutschland	-5,0	3,0	4,0
Japan	-5,4	2,5	3,0
China	2,3	8,7	5,5

### Inflation (CPI) in %

	2020	2021	2022
Welt	2,6	3,1	-
USA	1,2	2,0	2,2
Euroland	0,2	1,3	1,4
Deutschland	0,4	1,8	1,6
Japan	0,0	-0,3	0,5
China	2,5	1,4	2,5

### Geldpolitik

Leitzinssätze in %	Akt. Wert	12 Monate
3M-EURIBOR	-0,54	-0,50
Euroland	0,00	0,00
UK	0,10	0,10
USA	0,25	0,25
Japan	-0,10	-0,10

### Währungen

Währungspaar	Akt. Wert	12 Monate
EUR/USD	1,18	1,15
EUR/GBP	0,85	0,87
EUR/JPY	130,31	120,75
EUR/CHF	1,11	1,12
EUR/NOK	10,06	9,75

### Renten

Marktzinsen 10J-Bonds in %	Akt. Wert	12 Monate
Deutschland	-0,31	-0,30
Frankreich	-0,05	-0,05
Italien	0,67	0,65
Spanien	0,35	0,35
USA	1,70	1,50
UK	0,83	0,60
China	3,21	3,40
Indien	6,12	7,00
Japan	0,11	0,15
Brasilien	9,30	6,00

### Aktien

Indizes	Akt. Wert	12 Monate
USA (S&P 500 in USD)	4.078	4.100
Europa (Stoxx Europe 600)	435	415
Euroland (Euro Stoxx 50)	3.970	3.700
Deutschland (DAX)	15.224	14.800
Italien (FTSE MIB)	24.804	23.500
Spanien (IBEX 35)	8.635	8.300
Japan (Topix in JPY)	1.954	2.040
Emerging Markets (MSCI in USD)	1.339	1.500
EM Asien (MSCI in USD)	740	845
Lateinamerika (MSCI in USD)	2.332	2.525
Brasilien (MSCI in BRL)	364.143	400.000
China (MSCI in HKD)	111	135
Indien (MSCI in INR)	1.681	1.850

### Rohstoffe

Rohstoffe	Akt. Wert	12 Monate
Rohöl (Brent) (in USD)	63,12	60,00
Gold (in USD)	1.730,51	1.850,00
Silber (in USD)	24,91	28,00

Stand: 07.04.2021 10:00

## Postbank

Redaktionsschluss: 07. April 2021 / 17:00 Uhr  
Herausgeber: Chief Investment Officer Postbank

Postbank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG.

Bei diesen Informationen handelt es sich um Werbung. Die Texte genügen nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlage- und Anlagestrategieempfehlungen oder Finanzanalysen. Es besteht kein Verbot für den Ersteller oder für das für die Erstellung verantwortliche Unternehmen, vor bzw. nach Veröffentlichung dieser Unterlagen mit den entsprechenden Finanzinstrumenten zu handeln.

Die in diesem Dokument enthaltenen Angaben stellen keine Anlageempfehlung, Anlageberatung oder Handlungsempfehlung dar, sondern dienen ausschließlich der Information. Die Angaben ersetzen nicht eine auf die individuellen Verhältnisse des Anlegers abgestimmte Beratung. Allgemeine Informationen zu Finanzinstrumenten enthält die Broschüre "Basisinformation über Wertpapiere und weitere Kapitalanlagen", die ein Kunde bei Depotöffnung automatisch zugesandt bekommt.

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen. Obwohl sie aus Sicht der Bank auf angemessenen Informationen beruhen, kann sich in der Zukunft herausstellen, dass sie nicht zutreffend oder nicht korrekt sind. Sofern es in diesem Dokument nicht anders gekennzeichnet ist, geben alle Meinungsäußerungen die aktuelle Einschätzung der Deutsche Bank wieder, die sich jederzeit ändern kann. Die Deutsche Bank übernimmt keine Verpflichtung zur Aktualisierung der in diesem Dokument enthaltenen Informationen oder zur Inkenntnissetzung der Anleger über verfügbare aktualisierte Informationen.

Die Deutsche Bank AG unterliegt der Aufsicht der Europäischen Zentralbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

© Deutsche Bank AG 2021